



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Monika Heinold

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerin für Bildung und Frauen

Finanzierung des Krippenausbaus

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Bundesfamilienministerin, dass zur Zeit bundesweit rund 250.000 Krippenplätze / Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen? Wenn nein, wie schätzt die Landesregierung Angebot und Bedarf ein?

Antwort:

Bei ihrem Treffen mit der Bundesfamilienministerin am 02.04.2007 waren sich der Bund und die Länder darin einig, dass die von der Europäischen Union mit 35 % angegebene Zielgröße bei den weiteren Planungen für den Ausbau von Krippenplätzen zugrunde gelegt werden soll. Dementsprechend wären in der Bundesrepublik weitere 250.000 Plätze im Zeitraum von 2010 bis 2013 zu schaffen. Dies gilt allerdings nur dann, wenn der Bund sich in angemessener Weise auch an der Finanzierung der Betriebskosten beteiligt.

2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Bundesregierung, dass sich diese an einem Ausbau der Betreuungsplätze für unter drei Jährige lediglich im Rahmen der Investitionskosten beteiligen kann / muss? Wenn ja, aus welchen Gründen?

Antwort:

Nein.

3. Wenn Frage 2) verneint wird, was hat die Landesregierung bislang unternommen bzw. wird sie zukünftig unternehmen, um die Bundesregierung von einer Beteiligung an den laufenden Kosten der Betreuungsangebote für unter drei Jährige zu überzeugen?

Antwort:

Die Landesregierung hat in Gesprächen mit der Bundesministerin und Vertretern des Bundesministeriums stets deutlich gemacht, dass von Seiten des Bundes neben den Investitionskosten weitere Kostenentlastungen für die Träger und die Länder notwendig sind, um das für 2013 gesteckte Ziel zu erreichen. An dieser Position wird auch bei den weiteren Gesprächen festgehalten werden.

4. Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung der schleswig-holsteinischen Bildungsministerin in ihrer Presseerklärung vom 27. April 2007:

Wenn es dabei bleibt, dass der Bund sich nur an den Investitionskosten beteiligt, dann können wir das gemeinsame Ziel, die Zahl der Krippenplätze bis 2013 auf 35 Prozent zu erhöhen, nicht erreichen (. . .). Damit müssten die großen Pläne begraben werden.“

Antwort:

Die Landesregierung teilt die Auffassung der Bildungsministerin.